

## Bericht zur Veranstaltung „Nachhaltigkeitspolitik in Krisenzeiten“

Am 29. August 2022 kamen Expert\*innen zahlreicher Mitglieds- und Partnerorganisationen des Sustainable Development Solutions Network (SDSN) Germany virtuell zusammen, um über die Herausforderungen und Chancen der Nachhaltigkeitspolitik in Zeiten multipler Krisen und geopolitischer Rivalitäten zu diskutieren. Der Geschäftsführende Direktor von SDSN Germany, Dr. Axel Berger, leitete die Diskussion ein, indem er argumentierte, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine die Vielzahl aktueller Problemlagen verschärft und zu zahlreichen Zielkonflikten führt. So mehren sich die Stimmen, die sich für eine verstärkte Nutzung der Kohle- und Atomenergie aussprechen und neue Bezugsquellen für Erdgas erschließen wollen, um unabhängiger vom russischen Gas zu werden. Dagegen besteht die Gefahr, dass Investitionen in fossile Energieträger zu Lock-in-Effekten führen, die die Erreichung der klimapolitischen Ziele verzögern. Steigende Militärausgaben drohen zudem Investitionen in die Umsetzung nationaler und internationaler Nachhaltigkeitspolitiken zu gefährden. In der Diskussion über die politische Ausgestaltung der von Bundeskanzler Scholz ausgerufenen Zeitenwende steht zur Debatte, ob unsere nationale Sicherheit eng auf sicherheits- und verteidigungspolitische Aspekte fokussiert sein soll, oder ob (auch) Aspekte der Konfliktprävention und eines erweiterten Sicherheitsbegriffs inkludiert sein sollen. Letztlich stellt sich die Frage, wie ungeachtet der geopolitischen Rivalitäten internationale Kooperation für die Lösung der globalen Menschheitsherausforderungen organisiert und mobilisiert werden kann.

Hauptziel der Veranstaltung war es die Chancen für Nachhaltigkeitspolitik in acht Politikfeldern zu beleuchten, die durch den Krieg Russlands unmittelbar betroffen sind. Während der Diskussion wurde deutlich, dass alle acht Politikfelder unmittelbar miteinander zusammenhängen. Zu Beginn nahm die Veranstaltung die Kriegsauswirkungen auf **Klimaschutz und Biodiversität** in den Blick. Der Krieg hat gezeigt, dass internationale Klimaverhandlungen durch politische Positionierung zum russischen Krieg gegen die Ukraine – sowohl von Russland als auch von den G7-Staaten – polarisiert werden und somit internationale Kooperation erschwert wird. Gleichzeitig gerät die internationale Klimafinanzierung noch weiter ins Stocken. Bisher konnten lediglich 83 Milliarden Euro von den zugesagten 100 Milliarden Klimafinanzierung für Entwicklungsländer pro Jahr realisiert werden. Hoffnungsvoll stimmt dagegen das auf dem G7-Gipfel im Juni 2022 verkündete [600 Milliarden schwere Infrastrukturpaket](#), wovon ein Teil in die Klimafinanzierung fließen wird. Darüber hinaus schreitet auf europäischer Ebene die Umsetzung des European Green Deals, insbesondere das [Fit für 55-Paket der EU-Kommission](#), trotz des Kriegsausbruches weiter voran. Der Krieg und die zunehmende geopolitische Blockbildung hat zur Folge, dass sich Prioritäten auf der politischen Agenda verändern und zuvor gesetzte Ziele, unter anderem im Bereich Biodiversitätsschutz, ins Hintertreffen geraten.

Zuvor erzielte Errungenschaften laufen Gefahr zu Nichte gemacht zu werden, was sich bereits deutlich im Bereich der **Landwirtschaft** und der weltweiten Ernährungssicherheit zeigt. Zudem besteht die Gefahr, dass durch den Krieg Wohlstandseinbußen drohen und hierdurch die Nachfrage nach nachhaltigen Produkten sinkt, welche in der Regel Biodiversität fördern. Dabei ist eine nachhaltige Agrar- und Ernährungswende von entscheidender Bedeutung für die Klima-, Biodiversitäts-, Stickstoff- und Wasserziele. Ein konkreter Ansatzpunkt für eine erfolgreiche Wende könnte auf bundespolitischer Ebene die Entwicklung einer umfassenden Agrar- und Ernährungsstrategie sein. Auf EU-Ebene muss die Gemeinsame Agrarpolitik weiterentwickelt und an der [Farm-to-Fork-Strategie](#) festgehalten werden, um Ernährungssicherheit weltweit zu fördern.

Ernährungssicherheit und nachhaltige Landwirtschaft haben zudem direkte Auswirkungen auf die **globalen Gesundheitsfragen** unserer Zeit. Wenn die Landnutzung zunimmt, dann entstehen zusätzliche Risiken für die Ausbreitung zoonotischer Krankheiten, weshalb eine breite Diskussion über die Extensivierung und Intensivierung der Landwirtschaft im Kontext globaler Gesundheitspolitik geführt werden muss. Darüber hinaus haben Kriege direkte gesundheitliche Folgen für die betroffene Bevölkerung. Neben Waffengewalt hat die Zerstörung der Gesundheits- und Wasserinfrastruktur

transregionale Auswirkungen. Auf G7 und G20-Ebene sollten zukünftige Diskussionen deshalb den Aufbau von Gesundheits- und Sozialsystemen miteinander verknüpfen. In dieser Diskussion sollte auch über eine Erweiterung des Sicherheitsbegriffs nachgedacht werden. Der Angriffskrieg hat vermehrt zu einer Debatte von Sicherheit durch Abwehr geführt. Vielmehr sollten sich Regierungen genau überlegen, wo Abwehr zwingend notwendig und wo verlässliche Kooperation förderlich ist. Letzteres sollte auch im Fokus der aktuellen sicherheitspolitischen Debatte stehen.

Neben Klima, Biodiversität, Landwirtschaft, Ernährung und Gesundheit werden die Auswirkungen des Krieges im Bereich der **Energieversorgung** am deutlichsten. Kein anderes Land in der EU ist so abhängig von Energieimporten wie Deutschland. Die Gefahr des Ausstiegs vom Atomausstieg ist real und müsse angesichts der hohen Gefahren der Atomenergie, inklusive der Endlagerproblematik, dringend verhindert werden. Zudem setzt Deutschland verstärkt auf Flüssiggasimporte, um die eigene Energieversorgung zu sichern. Hierdurch rückt umweltschädliches Fracking verstärkt in den Fokus. Allgemein ist zu erkennen, dass Investitionen in fossile Energieträger weltweit zunehmen. Kanada hat seine Investitionen in Erdöl verdoppelt und Norwegen auf über 300 Prozent gesteigert. Dabei gibt es Möglichkeiten, um fossile Energieträger nicht weiter zu fördern. So könnten Gasleitungen so gestaltet werden, dass sie für die Durchleitung von Wasserstoff genutzt, Umkehrflüsse des Gases berücksichtigt und der Energieverbrauch gesenkt werden kann. Effizienz- und Suffizienzstrategien werden heute schon im Gebäudesektor gut angenommen, im Verkehrssektor geschehe dies noch nicht.

Generell sollte auch der **Finanzsektor** stärker auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Durch den Krieg hat sich die Schuldenkrise vor allem im sogenannten globalen Süden noch verstärkt. Durch fehlende fiskalische Spielräume bleiben notwendige Investitionen in die Agenda 2030 aus und die ohnehin große Finanzierungslücke zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele verstärkt sich zunehmend. Private Kapitalströme für den Klimaschutz drohen weiter zurückzugehen und teilweise wird sogar mit Kapitalabflüssen in Entwicklungsländern gerechnet. Ein umfassendes Schuldenerlassprogramm, welches an die Nachhaltigkeitsziele geknüpft werden sollte, könnte beide Problematiken gleichzeitig adressieren. So könnten Nachhaltigkeitsrisiken in die [Debt Sustainability Analysis der Weltbank](#) aufgenommen werden. Daneben sollten die Finanzmärkte Transformationsrisiken im Blick behalten. Schon heute liegt der Barwert der „Stranded Assets“ bei über einer Billionen Dollar.

Auch in der **Entwicklungszusammenarbeit** (EZ) sind die finanziellen Einbußen durch den Krieg zu spüren. Durch die veränderte Haushaltslage in Geberländern, u.a. durch die Erhöhung der Verteidigungsetats, gibt es bereits starke Kürzungen der finanziellen Mittel für humanitäre Hilfe. Neben Kürzungen nationaler Budgets steht auch der Etat der Vereinten Nationen vor einem Rekorddefizit für humanitäre Hilfe. Die gestiegenen Flüchtlingszahlen in Folge des Krieges verstärken dabei die problematische Tendenz in der sich die EZ derzeit befindet. Auf internationaler Ebene zeigt sich das Problem deutlich.

Neben der EZ hat der Krieg auch unmittelbare Auswirkungen auf die **außenpolitischen Aspekte der Nachhaltigkeitsagenda**. Der Ukrainekrieg macht einmal mehr deutlich, dass die Staatengemeinschaft weit entfernt ist, die SDGs zu erreichen. Insbesondere SDG16 (Frieden, Gerechtigkeit, starke Institutionen) ist ins Hintertreffen geraten. Auffällig ist dabei, dass nukleare Waffe, welche aktuell eine der größten Gefahren darstellen, in den Unterzielen von SDG16 nicht vorkommen. Die Nachhaltigkeitsagenda droht durch den Krieg zu einer „Nice-to-have-Agenda“ zu werden, die immer stärker in den Hintergrund rückt. Zusätzlich erleben wir ein enormes Misstrauen in internationale Institutionen, da sie nicht in der Lage sind, die gegenwärtigen Krisen zu verhindern. Auch wenn die geopolitische Blockbildung hinderlich ist Krisen zu lösen, muss aus wissenschaftlicher Sicht das geopolitische Denken in die Analysen mit einbezogen werden, da auch die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen stark von diesem Denken geprägt sind.

Zusammenfassend wurde deutlich, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zu einer Verschärfung von Problemlagen in vielen Bereichen führt und die Umsetzung der Agenda 2030 in Deutschland, Europa und insbesondere auch international gefährdet. Die Teilnehmer\*innen der Veranstaltung sind sich einig, dass rein technokratische Lösungen nicht (mehr) ausreichend sind, um eine nachhaltige Transformation zu befördern. Hierfür muss auch immer deren politische Umsetzung in einem zunehmend polarisierten, geopolitischen Umfeld mitgedacht werden. SDSN Germany sollte in den besprochenen Themenfeldern eruieren, wo politische Blockaden aufgelöst werden können und sowohl kurzfristige als auch langfristige Strategien der Krisenbewältigung analysieren. Hierbei gilt es Lösungen zu entwickeln wie die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele auch in Krisenzeiten gelingen kann. Zusätzlich könnte das Netzwerk konkrete Maßnahmenpakete entwickeln und diese in den [SDG-Gipfel im September 2023](#) einbringen.

## Literaturübersicht aus dem Netzwerk zum Thema „Nachhaltigkeitspolitik in Krisenzeiten“

Autor\*innengruppe Energiesuffizienz (2022): Energiesparen als Schlüssel zur Energiesicherheit - Suffizienz als Strategie. Verfügbar unter: <https://zenodo.org/record/6419202#.Yw9ieLTP02w>

Bausch, Camilla (Ecologic Institute): Meinungsbeitrag in der Zeit. Umweltpolitisch können wir uns eine Blockbildung nicht leisten. Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/kultur/2022-04/oekologische-krise-umweltschutz-umweltpolitik-ukraine-krieg>

Beisheim, Marianne (SWP): Konflikte in Verhandlungen zu UN-Reformen. Verfügbar unter: <https://www.swp-berlin.org/publikation/konflikte-in-verhandlungen-zu-un-reformen>

Hornidge, Anna-Katharina (IDOS): Nur Kooperation schafft echte Sicherheit. Meinungsbeitrag in der Frankfurter Rundschau. Verfügbar unter: <https://www.fr.de/wirtschaft/gastwirtschaft/globaler-dialog-91744180.html>

Klein, Margarete (SWP): Russlands Krieg und seine Folgen. Verfügbar unter: <https://www.swp-berlin.org/themen/dossiers/russlands-krieg-gegen-die-ukraine>

Klingebiel, Stephan (IDOS): Engagement mit Partnern im globalen Süden in Zeiten von Unsicherheiten. Verfügbar unter: <https://www.idos-research.de/policy-brief/article/engagement-mit-partnern-im-globalen-sueden-in-zeiten-von-unsicherheiten/>

Lotze-Campen, Hermann (PIK) et al.: We need a food system transformation – in the face of the Ukraine war, now more than ever. Verfügbar unter: <https://zenodo.org/record/6389348>

Lotze-Campen, Hermann (PIK) et. al.: Offener Brief – Handlungsmöglichkeiten für die Transformation des Ernährungssystems angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine. Verfügbar unter: <https://zenodo.org/record/6399478#.Yw9kl7TP02w>

Öko-Institut: Energiepolitik in Zeiten des Ukraine-Krieges: Kernkraftwerke statt Erdgas? Verfügbar unter: <https://blog.oeko.de/kernkraftwerke-statt-erdgas/>

Strategiepapier (ZOE): Nachfrageseitige Lösungen zur Behebung der Energieknappheit. Verfügbar unter: <https://zoe-institut.de/publication/nachfrageseitige-loesungen-zur-behebung-der-energieknappheit/>

Think Sustainable Europe Network. Russia's war in Ukraine: Why doubling down on the Green Deal is the best strategy. Verfügbar unter: <https://www.euractiv.com/section/energy/opinion/russias-war-in-ukraine-why-doubling-down-on-the-green-deal-is-the-best-strategy/>

Volz, Ulrich (IDOS) et. al.: Addressing the Debt Crisis in the Global South. Debt Reliefs for Sustainable Recoveries. Verfügbar unter: [https://www.think7.org/wp-content/uploads/2022/05/Recovery\\_Addressing-the-Debt-Crisis-in-the-Global-South-Debt-Relief-for-Sustainable-Recoveries\\_Volz\\_Berensmann\\_Burke\\_Gallagher\\_Griffith-Jones\\_Ke.pdf](https://www.think7.org/wp-content/uploads/2022/05/Recovery_Addressing-the-Debt-Crisis-in-the-Global-South-Debt-Relief-for-Sustainable-Recoveries_Volz_Berensmann_Burke_Gallagher_Griffith-Jones_Ke.pdf)

Volz, Ulrich (IDOS) et. al.: Debt Relief for a Green and Inclusive Recovery: Securing Private-sector Participation and Creating Policy Space for Sustainable Development. Verfügbar unter: <https://eprints.soas.ac.uk/35254/1/DRGR%20Report%202021.pdf>

Wehinger, Franziska (UBA) et. al.: Ukraine-Krise und Nachhaltigkeitspolitik. Aus der Energiekrise durch Effizienz und Suffizienz. Politikempfehlungen zur Entspannung der Öl- und Gasversorgung in Deutschland. Verfügbar unter: [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/2022-06-30\\_texte\\_74-2022\\_aus-energiekrise-durch-effizienz-suffizienz.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/2022-06-30_texte_74-2022_aus-energiekrise-durch-effizienz-suffizienz.pdf)

Berger/Kranholdt, 06.09.2022